

Die Linke

Holen wir uns den
Reichtum zurück!

**Mehr Lohn und
mehr Zeit zum
Leben!**

MAI

Heraus zum 1. Mai: Gegen Krise und Krieg

Die Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen. Denn immer offensichtlicher wird: Unsere Arbeits- und Lebensbedingungen geraten nicht nur durch betriebliche Managemententscheidungen unter Druck, sondern zunehmend auch durch gesellschaftliche Entwicklungen und politische Entscheidungen.

Die Corona-Pandemie, der Anstieg der Inflation und die sprunghafte Preisentwicklungen bei Energie und Lebensmitteln gehen für viele Menschen mit neuen sozialen Unwägbarkeiten einher. Die Antwort der Gewerkschaften darauf ist eine neue Konfliktbereitschaft in der Tarifpolitik. Das unterstreichen Tarifforderungen im zweistelligen Bereich und neue Streikformen – gewerkschaftsübergreifend oder

gemeinsam mit der Klimabewegung. Trotzdem gelang es nur in Ausnahmefällen, einen vollen Inflationsausgleich durchzusetzen. Das hat auch damit zu tun, dass sich die Gewerkschaften über die Tarifpolitik hinaus noch zu sehr zurückhalten. Doch in einer Zeit, in der die Bundesregierung die Rente an die Kapitalmärkte trägt und einen massiven Sozialabbau vorbereitet, müssen sie sich offensiv zu Wort melden.

Der Aufrüstungskurs heizt zudem neue Verteilungskonflikte an. Denn jeder Euro, der für Kampfpanzer und Marschflugkörper ausgegeben wird, der fehlt für gute Bildung, den nachhaltigen Industrieumbau oder die Entlastung des Pflegepersonals. Und dass dabei sogar das

Streikrecht unter die Räder geraten kann, zeigte eine Äußerung des Bundesverkehrsministers Volker Wissing, der mit Blick auf den Ukrainekrieg sagte, dass die Streiks bei der Deutschen Bahn nicht zum Sicherheitsrisiko werden dürften.

Die Gewerkschaften sind einer großen friedenspolitischen Tradition ebenso verpflichtet wie ihren Mitgliedern. In ihrem Interesse und im Interesse einer wirksamen Durchsetzung ihrer Forderungen müssen sie wieder stärker ihr gesellschaftspolitisches Mandat wahrnehmen und in die politischen Debatten eingreifen. Deshalb: Heraus zum 1. Mai – gegen Krise und Krieg.

Ulrike Eifler

BAG Betrieb & Gewerkschaft

(K)ein Herz für die Beschäftigten im Handel!



Ein Kommentar
von Nils Böhlke
BAG Betrieb &
Gewerkschaft

Am 1. Mai ist es in den meisten Bundesländern genau ein Jahr her, seitdem die Tarifverträge für die Beschäftigten im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel ausgelaufen sind.

Obwohl die Kolleginnen und Kollegen während der Corona-Pandemie von allen Seiten beklatscht wurden, erleben sie in dieser Tarifrunde, wie ihre Streiks kriminalisiert werden, wie streikende Kolleginnen und Kollegen unter Druck gesetzt werden oder wie Streikende mit Streikbruchprämien vom Streiken abgehalten werden sollen. Dass die Arbeitgeber sich zu diesen Maßnahmen gezwungen sehen, zeigt, wie massiv die Auswirkungen des Arbeitskampfes in den Betrieben ist. Dabei fordern die Beschäftigten eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit, nämlich, dass sie in einer Branche in der ohnehin viele Kolleginnen und Kollegen jetzt und erst recht im Alter von Armut bedroht sind, keine Reallohnverluste hinnehmen müssen.

Im Handel sind mit dem Besitzer der Schwarz-Gruppe (Kaufland/Lidl), der Albrecht-Familie (ALDI) und vielen anderen, einige der reichsten Deutschen aktiv. Allein zu Ostern wurde ein Umsatz von 2,2 Milliarden Euro erwartet, aber die Beschäftigten, die diese Werte erarbeiten, sollen weiter leer ausgehen.

Deshalb ist ver.di dazu übergegangen, in stärkerem Ausmaß auch die Kundinnen und Kunden zu einem Teil des Tarifkonfliktes zu machen und sie mit der Aktion „Ein Herz für die Beschäftigten im Handel“ auf die Situation in der Branche aufmerksam zu machen.



Nur gemeinsam sind wir stark!

Was lernen wir aus der Tarifrunde Nahverkehr?

Am 2. Februar startete die 3. Welle der ver.di-Streikbewegung im Nahverkehr. Auch zahlreiche Genoss:innen der LINKEN unterstützten diese Tarifbewegung mit dem Sammeln von Unterschriften, Solierklärungen, Anträgen in Kommunalparlamenten und direkter Unterstützung der Streikenden. Ziel sind bessere Arbeitsbedingungen und bessere finanzielle und politische Rahmenbedingungen, auch um zukünftig genügend Personal zur Verfügung zu haben.

Diese breite Tarifbewegung wurde seit mehreren Jahren strategisch in den Betrieben von ver.di vorbereitet, um sie gemeinsam mit FFF – die die Initiative ergriffen – auch auf die politische Ebene zu heben. Höhepunkt der gemeinsamen Kampagne #WirFahrenZusammen mit 70 örtlichen Gruppen war der gemeinsame Aktionstag am 1. März in 57 Städten und zusätzlichen Aktionen der Klimaschutzbewegung an 117 Orten.

Seit September 2023 wurden von Fahrgästen und Beschäftigten 202.437 Unterschriften unter eine Petition gesammelt, die ein stärkeres

finanzielles Engagement des Bundes und der Länder für den Nahverkehr fordert.

Neben konkreten Tarifabschlüssen in mehreren Bundesländern zur Entlastung der Beschäftigten führte diese Tarifbewegung auch dazu, dass in den Betrieben wieder stärker politisch diskutiert wird, z.T. auch mit bei ver.di organisierten FFF-Aktivist*innen z.B. auf Vertrauensleutesitzungen oder z.T. gemeinsamen Ansprachen von Beschäftigten. Umgekehrt wurden soziale Fragen und gewerkschaftliches Handeln in die Klimabewegung hineingetragen.

Die Arbeitgeberseite hat bisher nicht verstanden, dass sie mit den Beschäftigten gemeinsam die Forderungen nach Finanzierung der Daseinsvorsorge einfordern müssen. Die Blockadehaltung der Bundesregierung in der Finanzierungsfrage ist noch nicht durchbrochen. Aber mit jedem Schritt, den es gelingt, gemeinsam zu gehen, kommt auch das Vertrauen in eine gemeinsame Stärke. Und damit auch weitere Erfolge.

Armin Duttine

Rentenreform statt Aktienzockerei



Das Rentenpaket II markiert einen rentenpolitischen Sinneswandel: Die Rentenhöhe wird endlich nicht mehr dem Dogma stabiler Beitragssätze unterworfen. Stattdessen soll das Rentenniveau bis 2040 bei den aktuellen 48 Prozent bleiben. Ansonsten wäre es unter 45 Prozent abgesunken.

Das könnte man fast als „linke Rentenpolitik light“ bezeichnen, wenn SPD und Grüne nicht unter Beifall der FDP das Rentenniveau erst schändlicherweise von 53 auf 48 Prozent abgesenkt hätten. Die Am-

pel mildert künftig nur ein Problem ab, das sie selbst geschaffen hatte.

Der Preis: auf FDP-Wunsch soll das sogenannte „Generationenkapital“ eingeführt werden. 200 Milliarden Euro werden auf Pump (!) am Aktienmarkt angelegt, um mit den Gewinnen ab Mitte 2036 die Rentenbeiträge zu dämpfen.

Gelänge dies, werden die Einsparungen für die Beschäftigten fast bedeutungslos bleiben. Laut Referentenentwurf der Bundesregierung mögen Durchschnittsverdienende dann im Jahr 2040 in aktuellen Werten einen um 5,67 Euro monatlich niedrigeren Rentenbeitrag zahlen. Na, Donnerwetter! Das sind gerade einmal zweieinhalb Kölsch. Lächerlich!

Dazu kommen die hohen Risiken des „Generationenkapitals“. Es wird wohl in illiquide Anlagen und Private-Equity-Unternehmen investiert werden. Dadurch werden nicht nur Immobilien und Pflegeheime zu Renditeobjekten; nach Studien der Hans-Böckler-Stiftung

sinken in solchen Unternehmen die Tarifbindung und die Löhne. Das sogenannte „Generationenkapital“ wird torpedieren, was für eine gute Rente wichtig ist: einen guten Arbeitsmarkt und gute Löhne. Nein, danke.

Generationengerechtigkeit gibt es nur durch eine Stärkung der gesetzlichen Rente. Deshalb fordern wir Linken die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und zuerst Bundestagsabgeordnete einzahlen müssen.

Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent. Darum fordere ich, die Renten sofort außerordentlich und zusätzlich um zehn Prozent anzuheben. Zudem sollten die Arbeitgeber überproportional Rentenbeiträge zahlen, so, wie z.B. in Österreich, Frankreich, Spanien und Schweden. Dort klappt es gut.

Matthias W. Birkwald, MdB

Sprecher für Alterssicherungs- und Rentenpolitik von DIE LINKE.
im Bundestag





Gewerkschaften und der Kampf gegen die AfD

Im Herbst sind in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen. Umfragen zeigen: die Wahlen könnten die Bundesrepublik verändern, denn seit Monaten befindet sich die AfD in einem Umfragehoch.

In allen drei Ländern ist sie stärkste Kraft. SPD, Grüne und FDP liegen teils unter fünf Prozent und könnten den neuen Landtagen nicht mehr angehören. Natürlich: Das sind Momentaufnahmen. Am Ende entscheiden Wahlen. Doch die jüngsten kommunalpolitische Erfolge deuten an: Der AfD gelingt es, ihren Aufschwung über eine strukturelle Verankerung in der Fläche abzusichern.

Nach den Meldungen über Rechtsterrorismus und nationalrevolutionäre Aufbruchphantasien gibt eine erstarkende AfD in den Parlamenten Anlass zur Sorge. Und es ist schwer vorstellbar, dass jemand wie Björn Höcke Ministerpräsident werden könnte. Höcke träumt vom politischen Umsturz, spricht von „wohltemperierter Grausamkeit“ gegenüber Andersdenkenden und bezeichnet die AfD als das letzte friedliche Angebot.

Aber besonders für Lohnabhängige könnte es ungemütlich werden, wenn die AfD in die Regierung kommt. Denn die Partei hält nicht viel von Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt regulieren und in Ordnung halten. Tarifverträge und Mitbestimmung werden abgelehnt.

Die gesetzliche Rente will sie privatisieren. Und bei Abstimmungen zur Erhöhung des Mindestlohns stimmte die AfD immer dagegen. Und wenn Höcke eine „Wende in der Erinnerungskultur“ fordert oder Alexander Gauland den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der Geschichte“ bezeichnet, zeigt das: Die Partei knüpft ideologisch an ein Kapitel deutscher Geschichte an, in dem die Gewerkschaften zerschlagen und Arbeitsrechte außer Kraft gesetzt wurden.

Nicht grundlos also fragen vor allem die Gewerkschaften, wie der Vormarsch der AfD gestoppt werden kann. Eine Antwort ist die Stärkung der antirassistischen Bildungsarbeit. Eine andere die wegweisende neue Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Sie zeigt: Rechtsextreme Einstellungen nehmen signifikant ab, wenn Menschen am Arbeits-

platz mitbestimmen können. Damit wird die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung zu einem zentralen Hebelpunkt im Kampf gegen die AfD. Nicht zufällig feiere die Partei ihre Erfolge ausgerechnet dort, wo die Arbeitswelt durch geringe gewerkschaftliche Organisationsgrade, eine niedrige Betriebsratsdichte und eine schwach ausgeprägte Mitbestimmungskultur gekennzeichnet ist.

Auch wenn es Teilen der Bundesregierung nicht gefallen dürfte: Die Grundlage für eine stabile Demokratie ist eine funktionierende Demokratie im Betrieb. Wer die AfD wirksam bekämpfen möchte, muss betriebliche Mitbestimmung stärken. Die bundesweiten Proteste gegen rechts in diesen Tagen machen Mut. Aber in einer Zeit, in der Regierungsparteien über die Einschränkung des Streikrechtes diskutieren und die gesetzliche Rente an die Kapitalmärkte tragen, müssen die Gewerkschaften den Kampf gegen die AfD sehr viel stärker mit dem Kampf für eine soziale Politik verbinden.

Ulrike Eifler

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Tarifgeschichten eines Kellners

Oliver Riek ist Kellner und arbeitet in Hamburg. Im Hotel- und Gaststättengewerbe finden gerade Tarifverhandlungen statt. Wie diese laufen und es in der Branche aussieht, hat er uns erzählt.

Oliver, wie sieht dein Joballtag aus?

Meine Aufgaben sind die eines klassischen Kellners. Gäste zu bedienen ist nur die Hälfte dessen, was man tatsächlich noch an Vorbzw. Nachbereitungen zu tun hat. Daneben beraten wir unsere Gäste bei der Menügestaltung und so weiter. Der Job ist abwechslungsreich und man erlebt sehr, sehr viel!

Du bist aktiv in der Gewerkschaft NGG, richtig?

Ja, ich bin Mitglied der Tarifkommission. Ich durfte aber auch an der Novellierung des Berufsbildes der Fachkräfte für Restaurants und Veranstaltungsgastronomie mitwirken. Auf der Landesbezirkskonferenz und unserem Gewerkschaftstag war ich Delegierter, für mich eine große Ehre. Ich engagiere

ben sich in den letzten 20 Jahren verschlechtert. Es machen mehr Betriebe auf, als Personal akquiriert werden kann. Nach der Pandemie haben sich die Bedingungen weiter verschärft. Aktuell fehlen ca. 100.000 Beschäftigte. Für diejenigen, die geliebt sind, bedeutet das eine enorme Mehrarbeit. Zusammengefasst: Die Hauptprobleme sind der Niedriglohn, keine Planungssicherheit und Stress.

Was fordert ihr in der aktuellen Tarifrunde?

Lohnsteigerungen von acht bis zehn Prozent. Im Gastgewerbe soll ein Monatslohn von mindestens 3.000 Euro anvisiert werden, um endlich aus dem Niedriglohnsektor zu kommen. Die Beschäftigten arbeiten und müssen an der Armutgefährdungsgrenze leben, das ist nicht richtig.

Und die Arbeitgeber?

Die bieten 155,- Euro mehr bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Das ist ein Hohn und ein Schlag ins Gesicht für die Beschäftigten, die in und nach der Pandemie die Branche am Laufen gehalten haben. Gestiegene Preise kompensieren dieses Angebot nicht.

Wie kann man sich mit euch solidarisieren?

Solidarisieren kann man sich am besten damit, in die Gewerkschaft, die für einen zuständig ist, einzutreten. In Kontakt kann man über einzelne Mitglieder oder über die Onlineangebote, wie die sozialen Netzwerke der Gewerkschaften, treten.

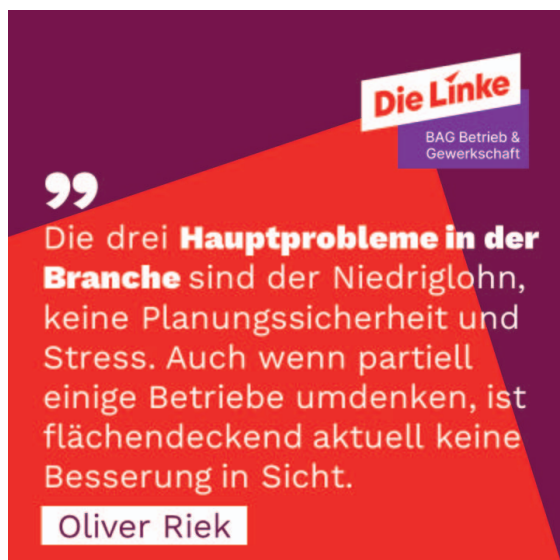


Warum bist du nicht gut auf Trinkgeld zu sprechen?

Es nützt weder bei Rente noch Arbeitslosengeld. Viele Unternehmen sehen es als Lohnersatz: Mindestlohn + Trinkgeld, fertig. Das „System Trinkgeld“ kann prekär sein, es bekommt nämlich nur der, der arbeitet. 60% Kurzarbeitergeld waren zum Leben jedenfalls zu wenig!

Was rätst du Restaurant-Besuchern?

Lasst euch einfach bedienen und verwöhnen. Und bitte nicht mit dem Personal über gestiegene Preise diskutieren, die können auch nichts für die Inflation. Gegenseitiger Respekt und Begegnung auf Augenhöhe ist das wichtigste!



re mich immer dann, wenn die NGG mich braucht.

Wie sind die Arbeitsbedingungen und Entlohnung in der Gastro?

Wir haben einen Betriebsrat und werden nach Tarif bezahlt. Die Tarifbindung liegt in Hamburg bei 5 %, die Masse kriegt also Mindestlohn und steckt im Niedriglohnsektor fest. Die Arbeitsbedingungen ha-

Das Interview in voller Länge gibt es hier:





Die BAG Betrieb & Gewerkschaft stellt sich vor

Wir sind der offizielle Zusammenschluss für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in und um die Partei Die Linke. Mit unseren Landesarbeitsgemeinschaften und jährlichen Bundestreffen verfügen wir über eine stabile Struktur.

Die Organisierung von Beschäftigten ist eine notwendige Voraussetzung für eine Klassenverankerung unserer Partei. Klassenverankerung bedeutet, gesellschaftliche Entwicklungen durch die Brille der Beschäftigten zu betrachten. Dazu ist die Arbeit in und mit den Gewerkschaften zentral. Wir wollen starke Gewerkschaften und eine starke Linke. Ebenso wie unsere Partei gewerkschaftspolitische Impulse braucht, um stärker zu werden, brauchen die Gewerkschaften Impulse von links.

www.betriebundgewerkschaft.de



Auf unserer Website findet ihr mehr über uns, unsere Arbeit und unsere Debatten, sowie Kontaktformulare. Viel Spaß beim

Stöbern und macht gerne mit. Denn wer die Welt des Kapitals schwächen will, muss die Welt der Arbeit stärken!



Du kannst hier auch kostenlos Mitglied der BAG werden und an unserer Arbeit aktiv teilhaben.

BSPR: Rat der Bundessprecherinnen und Bundessprecher

Juchu, wir haben einen neuen BSPR: Auf unserer Bundeskonferenz haben die Delegierten aus den Bundesländern am 9. März neue Bundessprecherinnen und Bundessprecher gewählt. Neue und alte Gesichter tummeln sich in dem Gremium. Der BSPR ist in der aktuellen Zusammensetzung für die BAG Betrieb & Gewerkschaft für zwei Jahre im Amt.

Zuvorderst regelt der BSPR die Amtsgeschäfte des Zusammenschlusses. Wir haben aber das Ziel formuliert, einen stärkeren Fokus auf die Parteientwicklung zu legen.

Dazu haben wir uns ins Zentrum der Partei begeben und ihr die Brille der abhängig Beschäftigten aufgesetzt. Der BSPR äußert sich zu allen relevanten Fragen – ob in Strategiedebatten, bei Wahlprogrammen, im Gewerkschaftsrat oder im Parteivorstand. Politischer Bezugspunkt ist dabei stets die Welt der Arbeit.

In den BSPR wurden gewählt: Ellen Ost (Thüringen), Nils Böhlke (Nordrhein-Westfalen), Ines Schwerdtner (Berlin), Jana Seppelt (Berlin), Jan Rübke (Hamburg), Julia-C. Stange (Rheinland-Pfalz) und Ulrike Eifler (Bayern).

	Ellen Ost		Jana Seppelt
	Nils Böhlke		Jan Rübke
	Ines Schwerdtner		Julia-C. Stange
	Jan Richter		Ulrike Eifler

BSPR
#WeltDerArbeit

Die Linke
BAG Betrieb & Gewerkschaft

Mehr Ratschlag ist besser für alle!



In der Spitze 150 Genoss*innen und Kolleg*innen berieten sich in Leipzig am ersten Märzwochenende über die aktuellen Kämpfe und Erfolge der gewerkschaftlich Organisierten in Ostdeutschland und der Rolle von DIE LINKE in der Stärkung von Beschäftigten und Betriebsräten und ihren Gewerkschaften.

Ein Ergebnis: Streiks eröffnen gesellschaftliche Fenster für politische Auseinandersetzungen. Voraussetzung für Erfolg in der Gestaltung der Welt der Arbeit ist ein Fokus der Partei auf eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, der aktiven Einmischung in aktuelle Debatten die

Beschneidung des Streikrechts, eigener parlamentarischer Initiativen zur Tariftreue und Vergaberichtlinien oder der öffentlichen Unterstützung der Beschäftigten beispielsweise bei den Leipziger Verkehrsbetrieben oder bei Knorr Auerbach, die gegen Entlassungen kämpfen.

Wie das in konkreten Fällen gelingen kann, war Gegenstand des Abendpanels mit gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und Sören Pellmann und Janine Wissler.

Mut machten im Auftakt die Ergebnisse des Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Institut, die zeigten,

dass Beschäftigte in Arbeitskämpfen wichtige demokratische Erfahrungen machen, die helfen, autoritären Mustern entgegenzuwirken.

Klar wurde auch, dass das gewerkschaftliche politische Mandat wahrgenommen werden muss, um der Rechtsentwicklung ernsthaft etwas entgegenzusetzen. Der Ratschlag endete mit einem Panel zur Relevanz der Europawahlen für Arbeitsbedingungen im Osten mit den drei Kandidatinnen Özlem Alev Demirel, Ines Schwerdtner und Carola Rackete.

Jana Seppelt

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz

Waffen runter, Löhne rauf!

14./15. Juni 2024

Gewerkschaftshaus Stuttgart

Im Windschatten der weltpolitischen Entwicklungen verfolgt die Bundesregierung einen neuen Aufrüstungskurs. Dieser geht zunehmend zu Lasten sozialer Sicherheiten.

Bereits die Politik von Sanktionen und Gegensanktionen befeuerte eine Inflation, die viele Menschen stark belastete und nur in Ausnahmefällen tarifpolitisch ausgeglichen werden konnte. Doch während für die Mehrheit das Leben immer teu-



rer wird, gibt es einen Bereich, der von Einsparungen verschont bleiben soll: der Militäretat. Diese Prioritätensetzung zeigt: Erfolgreiche Umverteilungspolitik ist auf eine friedensstiftende Außen-

politik angewiesen. Aus gutem Grund haben sich die Gewerkschaften daher nie „nur“ für die betrieblichen Themen zuständig gefühlt, sondern immer auch zu Fragen von Frieden, Ökologie und Gerechtigkeit positioniert.

Unsere Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz will an diese Tradition anknüpfen und die Rolle der Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung diskutieren.

Aus diesem Grund laden der ver.di-Bezirk Stuttgart und die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. und 15. Juni nach Stuttgart ein.



Löhne rauf, Waffen nieder!

Özlem Alev Demirel

Gerechtigkeit geht #nurmitlinks

Die kommenden EU-Wahlen werden eine Abstimmung über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Während immer mehr Menschen nicht über die Runden kommen, die Preise steigen und Mittelschicht erodiert, werden der Rüstungsindustrie Milliarden in den Rachen geschmissen.

Der laufende Aufrüstungswahn wie auch Kriege werden immer zu Las-

ten der Lohnabhängigen und der Armen gehen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen trommelt für eine hochgerüstete Militärunion. FDP-Finanzminister Lindner spricht sich für mehr Überstunden aus, um die Aufrüstung zu finanzieren. Und SPD-Spitzenkandidatin, Katharina Barley, wünscht sich gar eine europäische Atombombe. Die Milliarden, die heute und künftig in die Rüstungsindustrie gehen,

fehlen eher früher als später in der sozialen Infrastruktur. Aufrüstung macht die Welt nicht sicherer, sondern erhöht die Kriegsgefahr.

Schon 2019, also lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, identifizierte die heutige Kommissionspräsidentin die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ als das „herausstechende Merkmal“ der Zeit. Um sich in dieser neuen Konstellation behaupten zu können, müsse die EU ihre militärischen Fähigkeiten ausbauen und den Willen zeigen eigene Interessen – wo nötig – auch militärisch durchzusetzen.

Die Kommissionspräsidentin lehnt – egal ob mit Blick auf die Ukraine oder Gaza – die Forderung nach einem Waffenstillstand ab. Inzwischen ist längst unübersehbar, dass der Krieg in der Ukraine ein Stellungs- und Abnutzungskrieg ist, indem Zerstörung, Tod und Leid immer weitergehen.

Den Preis für diesen Kampf zahlen allen voran die Armen aus der Ukraine und Russland mit ihrem Leben. Weltweit sind es Arme und Lohnabhängige, die für die Aufrüstung aufkommen und die steigenden Preise zahlen. Wenn wir wollen, dass das Töten und Sterben ein Ende hat und wenn wir nicht permanente Aufrüstung und Kriegsgefahr wollen, dann bleibt eine starke Friedensbewegung unausweichlich. Wir wollen ein Ende der Kriege und Abrüstung, wir wollen die Waffen runter und die Löhne rauf!

Özlem Alev Demirel
MdEP DIE LINKE

@GewerkschaftsLINKE



@welt_der_arbeit



@Welt_der_Arbeit



V. i. S. d. P.: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin. **Redaktion:** Nils Böhlke, Ulrike Eifler, Jan Richter.

Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.

Bilder: Seite 2: Stefan Müller (CC BY-NC 2.0 Deed), Seite 3: Christoph Scholz (CC BY-SA 2.0 Deed), Seite 4: conceptphoto.info (CC BY 2.0 Deed), alle anderen (c) privat. **Druck:** Eigendruck.

Die Linke

BAG Betrieb &
Gewerkschaft